

Deutscher Städtetag
Klaus Hebborn
Hauptreferent für Schule und Weiterbildung

Medienentwicklung aus Sicht der Kommunen

Die Schulen in Deutschland sind am Netz, kostenfrei und zunehmend breitbandig. Im Bereich der technischen Ausstattung sind in den vergangenen Jahren vielfach die notwendigen Voraussetzungen für das Lernen mit den Neuen Medien geschaffen, zumindest aber erhebliche Verbesserungen erreicht worden. Auch in der täglichen Bildungsarbeit der Schulen wird die Integration Neuer Medien zunehmend zur Normalität. Gleichwohl besteht noch erheblicher Handlungsbedarf, gibt es noch eine Reihe ungelöster Probleme. Wie etwa kann der weitere Ausbau der technischen Ausstattung vorangebracht werden angesichts der erheblichen Haushaltsprobleme aller staatlichen Ebenen? Welche Maßnahmen und Strategien zur Medienentwicklung erweisen sich insbesondere auf der kommunalen Ebene als effektiv und zukunftstauglich? Der nachfolgende Beitrag nimmt zu diesen und weiteren Fragen aus der Perspektive der Kommunen Stellung.

„Schulen ans Netz „– Initialzündung für das Lernen mit Neuen Medien

Die Initiative "Schulen ans Netz" hat eine Initialzündung für den Ausbau der Medienbildung in den Schulen bewirkt. In den vergangenen Jahren ist ein deutlicher Entwicklungsschub im Hinblick auf die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für das Lernen mit Neuen Medien an den Schulen erreicht worden. Diese insgesamt positive Entwicklung wurde durch erhebliche finanzielle Anstrengungen der Kommunen, Sonderprogramme der Länder, das Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes für die beruflichen Schulen sowie das Engagement der Wirtschaft erreicht. Die Initiative D21 hat nach eigenen Angaben seit ihrer Gründung im Jahr 1999 Ausstattungen in die IT-Infrastruktur von Schulen in Höhe von rd. 17 Mio. Euro und Softwarelizenzen in dreistelliger Millionenhöhe gespendet. Trotz dieser spürbaren Fortschritte besteht auch in den nächsten Jahren ein erheblicher Handlungsbedarf. Nunmehr gilt es,

- nachhaltige Konzepte der Medienbildung zu erarbeiten, bei denen insbesondere pädagogisch-didaktische bzw. curriculare Vorgaben sowie die entsprechende Technikausstattung integriert gesehen werden,
- Unterstützungssysteme für die Schulen auf der örtlichen Ebene zu schaffen sowie
- realisierbare Umsetzungsstrategien zu entwickeln.

Kommunale Medienentwicklungsplanung

Die Schaffung der notwendigen technischen Voraussetzungen für das Lernen mit Neuen Medien ist Aufgabe der Schulträger. Angesichts der organisatorischen und finanziellen Dimensionen erweist sich ein systematisches Vorgehen in Form einer regelmäßigen Medienentwicklungsplanung als notwendig. Dabei sind die Anforderungen der Schulen mit den finanziellen Möglichkeiten von Kommunen und Ländern abzustimmen. Planungsebene

ist die Kommune bzw. die Region. In die Medienentwicklungsplanung sind insbesondere folgende Bereiche einzubeziehen:

- Medienkonzepte der Schulen,
- differenzierte Ausstattungskonzepte, in denen auf der Grundlage vorhandener Infrastruktur Ziele, Ausbaustufen bzw. -tempo, einheitliche technische Standards und Ausstattungsmodule (Computerräume, Medienecken, mobile Geräte etc.) entsprechend dem fachlichen Bedarf der Schulen und den finanziellen Realisierungsmöglichkeiten festgelegt werden,
- Fortbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer,
- ein professionelles Unterstützungssystem für die Schulen im Hinblick auf technischen Service, Systembetreuung und Netzwerkadministration sowie umfassende Medienberatung,
- geeignete Lernsoftware, mit Hilfe derer die Vermittlung von Unterrichtsinhalten unterstützt wird,
- tragfähige und dauerhafte Finanzierungskonzepte.

Insgesamt geht es darum, im Rahmen einer systematischen und längerfristigen Medienentwicklungsplanung die technischen und qualifikatorischen Voraussetzungen für das Lernen mit Neuen Medien zu schaffen.

Sinnvoll erscheint, möglichst vergleichbare Standards und Module zu entwickeln, wobei lokale Besonderheiten und Voraussetzungen Berücksichtigung finden können. Besonders wichtig ist, die bisher vielfach vorherrschenden unterschiedlichsten Systeme im Bereich der technischen Ausstattung und die damit verbundene Unübersichtlichkeit zu überwinden und zu möglichst einheitlichen technischen Standards zu gelangen. Diese erweisen sich insbesondere im Hinblick auf die Wartung und Administration der Systeme sowie auf die damit verbundenen Kosten als vorteilhaft.

Mit einer solchen, auf Kooperation und Vernetzung basierenden Medienentwicklungsplanung in den Kommunen können die vielfach aufgrund der traditionellen Unterscheidung in innere und äußere Schulangelegenheiten bestehende unkoordinierte Aufgabenerfüllung durch Länder und Kommunen überwunden und Fehlentwicklungen vermieden werden. Dabei geht es nicht um das Verwischen von Grenzen und Zuständigkeiten, sondern vielmehr um Zusammenarbeit und sinnvollen Ressourceneinsatz.

Neue Organisationsstrukturen vor Ort

Der Ausbau der technischen Infrastruktur an den Schulen und der notwendigen Rahmenbedingungen für das Lernen mit Neuen Medien stellt die Kommunen nicht nur vor enorme finanzielle Herausforderungen. Auch fachlich und organisatorisch sind neue Strukturen und Kooperationen erforderlich, um zukunftstaugliche Konzepte für die Medienentwicklung in den Schulen zu erarbeiten und umzusetzen. Dies gilt insbesondere für die kommunale Schulverwaltung, die vielfach neue Wege gehen muss. Dabei geht es zum einen darum, innerhalb der Kommunalverwaltung fachliches Know How und vorhandene IT-

Konzepte bzw. –strukturen aufeinander abzustimmen und zu bündeln. Zum anderen sind aufgrund der notwendigen Verzahnung von pädagogischen Konzepten und entsprechenden Ausstattungen Kooperationsformen insbesondere zwischen staatlicher Schulaufsicht, Schulen und kommunalen Schulträgern zu entwickeln bzw. auszubauen. Darüber hinaus gilt es, die (örtliche) Wirtschaft sinnvoll und verantwortlich in entsprechende Maßnahmen einzubeziehen.

In diesem Zusammenhang sind über die bereits beschriebene Medienentwicklungsplanung hinaus folgende Maßnahmen und Vorgehensweisen im kommunalen Bereich zu nennen:

- Bildung von Projekt-/Steuergruppen auf kommunaler bzw. regionaler Ebene zur Erarbeitung und Koordinierung der Medienentwicklungsplanung, bestehend aus Vertretern der Schulaufsicht, der kommunalen Schulverwaltung und beteiligten Fachbereichen, der Schulen und weiterer Partner (z.B. e-teams in Nordrhein-Westfalen);
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit der örtlichen bzw. regionalen Wirtschaft, z. B. durch Einbeziehung in die Steuergruppen oder durch Gründung von Vereinen zur Förderung der Medienbildung im örtlichen Bereich.
- Ausbau interkommunaler Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Verbundlösungen gemeinsamer Aufgabenerledigung, z. B. durch Einbeziehung kommunaler Rechenzentren als Dienstleister im Bereich der technischen Ausstattung, des IT-Supports sowie weiterer Unterstützungsleistungen für die Schulen;

Weiterentwicklung der Bildstellen/Medienzentren

Der fortschreitende Ausbau der Medienbildung in den Schulen und Bildungseinrichtungen führt zu einem erheblichen Unterstützungs- und Beratungsbedarf bei Schulen und Schulträgern. Die Kommunen sind daher gut beraten, ihre Medienzentren zu nutzen und zu einem modernen Support-System mit neuen bzw. veränderten Aufgabenschwerpunkten weiterzuentwickeln.

Dazu gehören insbesondere:

- Entwicklung und Erprobung neuer elektronischer (Online-) Distributionsformen für Medien,
- die Entwicklung eines Systems der Medienberatung mit umfassenden Informationen zu allen Fragen des Medieneinsatzes in Schulen sowie zu technischen Fragen,
- Entwicklung von Fort- und Weiterbildungsangeboten für Lehrer/innen zum Umgang mit den modernen Technologien und deren Einsatz im Unterricht,
- ggf. die Übernahme von übergreifenden Koordinierungs- und Serviceaufgaben im Bereich von Systembetreuung und Netzwerkadministration.

Insgesamt geht es darum, Bildstellen und Medienzentren zu Orten der Information und des Lernens im Sinne des Werkstattkonzepts weiterzuentwickeln.

Dauerhafte Regelung des IT-Supports

Die Sicherstellung eines professionellen Systems von Anwendungs- und Systembetreuung, Wartung und Netzwerkadministration (kurz: IT-Support) an den Schulen ist neben einer pädagogischen Konzeption sowie der Hardwareausstattung die wichtigste Voraussetzung für den Ausbau des Lernens mit Neuen Medien an den Schulen. Nur wenn technische Ausstattungen und Netze jederzeit verfügbar sind und professionell betreut werden, ist der Einsatz Neuer Medien in der unterrichtlichen Praxis effektiv und gewährleistet. Hierüber besteht unter allen Experten Einigkeit. Ebenfalls Einigkeit herrscht darüber, dass der derzeit vielfach nicht oder ersatzweise von Lehrern/innen quasi „nebenbei“ stattfindende IT-Support keine zukunftstaugliche Lösung bei fortschreitender Ausstattung darstellt. Es macht ökonomisch wenig Sinn, in den Schulen kostenintensive Hardware und Netze zu installieren, ohne gleichzeitig den notwendigen IT-Support zu regeln und damit in Kauf zu nehmen, dass die teure Technik nicht oder nur unzureichend einsetzbar ist.

Notwendig erscheint somit ein professioneller IT-Support im Rahmen der Medienentwicklungsplanung auf kommunaler Ebene. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Höhe der Kosten abhängig von der Organisation und dem technischen Konzept im Bereich der Hardware und der Netze ist. Als Faustregel kann gelten, dass die Kosten um so niedriger sind, je höher der Grad an Standardisierung im technischen Bereich ist. Bei entsprechenden technischen Konzepten wie z. B. Terminalservern kann der Support durch Fernwartung und -administration erheblich eingeschränkt und damit der Personal- bzw. Finanzbedarf minimiert werden. In der schulischen Praxis liegt jedoch noch vielfach eine sukzessiv gewachsene, zumeist heterogene Technikausstattung vor, deren Betreuung und Administration einen erheblichen Aufwand nach sich zieht. Die Schulträger sollten daher möglichst technisch homogene Systeme an den Schulen installieren und dabei den IT-Support einbeziehen.

Fachlich-inhaltlich sind beim IT-Support zwei Bereiche zu unterscheiden:

Ein Teil des Supports (sog. First-Level-Support) betrifft die Anwendungsbetreuung und die Erledigung einfacher Systemaufgaben auf der schulischen Ebene im Kontext der pädagogischen Arbeit. Diese Aufgaben können von den Schulen bzw. besonders qualifizierten Lehrern/innen wahrgenommen werden. Der zeitliche Aufwand variiert je nach Schulform und kann derzeit noch nicht seriös beziffert werden.

Der weitergehende eigentliche technische Support (Second-Level-Support) für Systembetreuung, Wartung, Netzwerkadministration ist schulübergreifend auf der örtlichen Ebene zu organisieren und zu leisten. Dieser besteht im wesentlichen aus zwei Komponenten: Einer telefonischen Hotline (sog. Trouble-Ticket-Service) sowie einem Vor-Ort-Service.

In einigen Bundesländern, aktuell in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen, finden zwischen kommunalen Spitzenverbänden und den jeweiligen Landesregierungen Verhandlungen über den Abschluss von Grundsatzvereinbarungen auf der Basis dieser Aufgabenteilung statt. Vorbild dabei ist eine bereits Ende 2000 in Rheinland-Pfalz abgeschlossene entsprechende Regelung.

Danach liegt der First-Level-Support wegen dessen enger Verbindung mit der pädagogischen Arbeit in der Zuständigkeit der Länder. Der Second-Level-Support würde nach dem o.a. Modell in die kommunale Zuständigkeit fallen. Dabei bleibt offen, ob die genannten Supportleistungen (Hotline, Vor-Ort-Service) von den Kommunen durch eigenes Personal bzw. eigene Dienste, durch Modelle interkommunaler Zusammenarbeit (z.B. mit kommunalen Rechenzentren) oder durch den Einkauf von Leistungen Dritter erbracht werden.

Der Abschluss entsprechender Support-Vereinbarungen zwischen Ländern und Kommunen ist aus kommunaler Sicht eine der wichtigsten Grundlagen zukünftiger Medienentwicklung an den Schulen.

Public-Private-Partnership

Im Hinblick auf dem Ausbau Neuer Medien an Schulen sind neue Finanzierungsmodelle erforderlich. In der Diskussion sind in diesem Zusammenhang Sponsoring und Public-Private-Partnership.

Schul- bzw. Bildungssponsoring ist als ein Instrument zusätzlicher Ressourcengewinnung grundsätzlich zu begrüßen und kann die Schulentwicklung wirksam unterstützen. Es bedarf allerdings vereinbarter Regeln, um seine Vereinbarkeit mit dem Bildungs- und Erziehungsauftrag der Einrichtungen sicherzustellen. Im Bereich der Ausstattung mit Neuen Medien erscheint Sponsoring nach den Erfahrungen der letzten Jahre nur dann sinnvoll, wenn Computer und Ausstattungen in bestehende technische Konzepte integriert werden und somit nicht zu einer im Hinblick auf Wartung und Administration problematischen Heterogenität der Technikausstattung führen. Vielfach waren Computerspenden bzw. -sponsoring in den vergangenen Jahren von vielen Schulträgern auch wegen deren finanzieller Probleme willkommen; im Ergebnis führt dieses Vorgehen, zumal wenn es sich um gebrauchte Technik handelt, letztendlich aber häufig zu höheren Folgekosten im Bereich der Systembetreuung wie auch bei der Wartung und Administration.

Gegenüber dem zumeist einmaligen Sponsoring zu bevorzugen ist, gerade im Hinblick auf den kontinuierlichen Erneuerungs- und Modernisierungsbedarf, auf Dauer angelegte Public-Private-Partnership. Derartige Modelle und Partnerschaften auf den verschiedenen Ebenen bieten die Chance, eine verlässliche und dauerhafte Finanzierung des Bildungswesen sicherzustellen. Mögliche Felder der Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft sind dabei insbesondere die Entwicklung schulspezifischer Technologie- und Vernetzungskonzepte (u. a. Zugriff auf Schulnetze für Lehrer/Schüler von Zuhause), die Entwicklung von Modellen der Fernwartung und -administration sowie von Leasingmodellen für die genannten Bereiche.

Leasing ist derzeit als Finanzierungsmodell im Bereich der Gerätebeschaffung noch eher selten. Inwieweit dieses Modell für den Schulträger Vorteile bringt, ist abhängig von Angebot des Hardware-Anbieters und den Zinskonditionen der Bank. Ein Vorteil des Leasings könnte in der gegenüber dem Erwerb geringeren Belastung der Liquidität liegen. Allerdings liegen die Gesamtkosten des Leasing über den Anschaffungskosten. In jedem Fall sollte das Hardware-Leasing als Finanzierungsalternative unter Einschluss von Ersatzbeschaffung und Wartung im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit auch im Schulbereich geprüft werden.

Fazit

In die Bildungspolitik in Deutschland ist in Folge der schlechten Ergebnisse deutscher Schüler bei der Pisa-Studie Bewegung gekommen. Die aktuelle Diskussion bietet die Chance, eine von Staat, Wirtschaft und gesellschaftlichen Gruppen getragene Bildungsinitiative zu begründen. In die Diskussion über notwendige Konsequenzen für das Bildungssystem ist auch die Frage der Medienentwicklung als einem der wesentlichen Elemente schulischer Qualitätsentwicklung einzubeziehen.

Ziel im Bereich der Medienentwicklung an den Schulen ist, das Lernen mit Neuen Medien in Schulen und Bildungseinrichtungen dauerhaft und zuverlässig sicherzustellen. Die Zeit des Hin- und Herschiebens von Verantwortung zwischen den unterschiedlichen Beteiligten führt nicht weiter. Angesichts der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung der Medienbildung muss der erhebliche Investitionsbedarf sowie die beschleunigte und permanente Modernisierung der Technik von allen staatlichen Ebenen und gesellschaftlichen Gruppierungen gemeinsam bewältigt werden. Das bestehende System der Schulfinanzierung in den Ländern entspricht mit seiner Lastenverteilung bereits seit langem nicht mehr den gewandelten Anforderungen im Schulwesen und bedarf einer zukunftsfähigen Neuregelung. Dies wird am Beispiel der Neuen Medien besonders deutlich.

Wenn allgemeiner Konsens darüber besteht, dass Medienkompetenz in der zukünftigen Informationsgesellschaft eine Schlüsselfunktion zukommt, muss dem Ausbau der Medienbildung in Schulen und Bildungseinrichtungen im Rahmen der Überlegungen zur Qualitätsentwicklung ein angemessener Stellenwert eingeräumt werden. Dabei kann es nicht darum gehen, unter vordergründigen Modernitätsaspekten die Schulen lediglich "ans Netz" zu bringen oder medienwirksame „Laptop-Klassen“ einzurichten. Notwendig sind vielmehr aufeinander abgestimmte integrierte Konzepte unter Einschluss der erforderlichen Finanzierungsmodelle. Ebenfalls erforderlich sind neue Strukturen für die Zusammenarbeit der verschiedenen staatlichen Ebenen einerseits sowie von Staat und Wirtschaft andererseits.

Bei aller Prioritätensetzung und möglichen Umschichtungen geht allerdings kein Weg an der Tatsache vorbei, dass in den nächsten Jahren zusätzliche Ressourcen und Finanzmittel in der Bildung insgesamt und dabei auch für die schulische Ausstattung und Infrastruktur, den notwendigen technischen Support und die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer, unverzichtbar sein werden.